

Zeit zu handeln – die Gestaltung des demografischen Wandels in Hessen

Anrede

Die Zusammenarbeit im „Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain“ hat sich in kürzester Zeit ganz hervorragend entwickelt. Für die Hessische Landesregierung danke ich vor allem den 12 Initiatoren sowie allen, die an der Fortentwicklung des Netzwerks Anteil haben und diese Initiative mit Leben erfüllen. Auch wenn der demografische Wandel sich nicht an Staats- und Landesgrenzen hält, seine Auswirkungen sind doch immer erst einmal regional wirksam und spürbar. Umso wichtiger ist es, die Gestaltung des Wandels als eine Herausforderung zu begreifen, die wir nur gemeinsam meistern können. Für ihre breite Initiative, die heute bereits den zweiten großen Fachkongress für die Region durchführt, möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Müller, sowie Herrn Stadtrat Frank stellvertretend für das Netzwerk besonders danken.

Hessen ist nach wie vor ein Premium-Land in der Bundesrepublik, wir haben mit das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen und wir zahlen – zugegebenermaßen eher ungern – den höchsten Beitrag in den Länderfinanzausgleich. Unser gegenwärtiges Wirtschafts-wachstum ist das stärkste seit 20 Jahren, und wir haben derzeit den höchsten Beschäftigungsstand in unserer Geschichte mit 2,2 Millionen sozialversichert Beschäftigten.

Aber Hessen ist auch ein Land der Unterschiede. Der Unterschiede zwischen ländlichem Raum und Großstadt, zwischen dem pulsierenden Rhein-Main-Gebiet und den ländlichen Regionen in Nordhessen. Eines aber eint alle: Der demografische Wandel wirkt überall und ist, natürlich in unterschiedlicher Weise, sowohl im prosperierenden Ballungsraum zu spüren wie auf dem Land.

Seit Jahrzehnten liegen die Geburtenraten in Deutschland unter dem wenigstens für die „Bestandserhaltung“ notwendigen Niveau von 2,1 Kindern pro Frau. Damit ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die Generation ihrer Eltern. Im Jahr 2050 werden in Deutschland voraussichtlich 12 Millionen Menschen weniger leben als heute. Die Auswirkungen sind regional sehr unterschiedlich, Ostdeutschland ist stärker betroffen als der Westen, der ländliche Raum stärker als die Metropolregionen. Der wirtschaftliche Strukturwandel schafft zwar gleichzeitig neue Arbeitsplätze, aber diese entstehen überwiegend in den größeren Städten.

Auch in Hessen werden im Jahr 2050 etwa 600.000 Menschen weniger leben. Und auch hier sind große regionale Unterschiede bereits heute zu verzeichnen. Die Prognose für die hessischen Regierungsbezirke macht dies besonders deutlich.

Während in Südhessen bis 2030 noch Zuwächse zu verzeichnen sein werden, müssen wir in Mittelhessen mit einem Bevölkerungsrückgang von 7 Prozent und in Nordhessen mit einem Rückgang von 11 Prozent rechnen. Am meisten verlieren werden der Werra-Meißner-Kreis (-41 %), der Vogelsbergkreis (-39 %) und der Odenwaldkreis (-18 %). Bei den Prognosen bis 2050 wird dieser Trend noch deutlicher sichtbar.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels betreffen nahezu alle Lebensbereiche. Deshalb muss die Gestaltung des Wandels vor allem aus dem Blickwinkel der Landespolitik immer auch als Querschnittsaufgabe verstanden und wahrgenommen werden. Die Veränderungen beeinflussen zunehmend die Lebensbedingungen – besonders in wirtschaftlicher Hinsicht und nicht zuletzt bei der Frage des gesellschaftlichen Miteinanders. Der ländliche Raum ist überproportional von Alterung und Abwanderung betroffen, und der Bevölkerungsrückgang wird sich dort in den kommenden Jahren noch erheblich beschleunigen. Aber: Muss der demografische Wandel ein Schicksalsschlag sein, den wir demütig hinzunehmen haben? Die Antwort lautet: Definitiv Nein. Die Veränderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte bringen auch Chancen mit sich. Wenn wir sie nutzen wollen, müssen wir die Gestaltung des Wandels aktiv in die Hand nehmen – gemeinsam und nach vorne gewandt. Das „Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain“ macht mit seiner Initiative unter anderem ja auch erfolgreich deutlich: In Duldungsstarre zu verharren, bringt uns nicht weiter. Wir befinden uns ja längst im Wandel – genau genommen bereits seit mehr als 130 Jahren. Damals wurde die bisher letzte Generation geboren, deren Kinderreichtum das Bestandserhaltungsniveau erreichen konnte.

Heute sieht das anders aus: Die Kinder, die in 20 oder 30 Jahren selbst wieder Kinder bekommen werden, sind heute schon geboren. Das heißt, genau das können wir nicht mehr beeinflussen. Aber wir haben einen Einfluss darauf, unter welchen Rahmenbedingungen diese Kinder aufwachsen, welches Bildungsangebot sie vorfinden und ob sie nach ihrer Ausbildung eine Lebens- und Arbeitsperspektive in ihrer Region sehen können.

Zu den wesentlichen ökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels gehört sicher die Veränderung des Arbeitsangebotes und der Nachfragestruktur. Aufgrund der vorliegenden Zahlen und Prognosen können wir davon ausgehen, dass der „Arbeitsmarkt der Zukunft“ von älteren Arbeitnehmern dominiert sein wird. Die vielzitierte und für diesen Kongress ja nicht ganz unbedeutende Frage des Fachkräftemangels wird voraussichtlich bereits in den kommenden Jahren spürbar eintreten.

Vor diesem Hintergrund gilt: Die Aus- und Weiterbildung von der Grundschule bis ins hohe Alter sind die entscheidenden Ansatzpunkte. Für junge Menschen wird die demografische Entwicklung zu besseren Aussichten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt führen. Die Zahl der Schulabgänger

geht ab dem Jahr 2014 deutlich zurück. Im Jahr 2020 werden im Vergleich zum Jahr 2008 19% weniger junge Menschen die Schule verlassen.

Neben dem Rückgang der Bevölkerungszahl ist auch die Veränderung der Altersstruktur hin zu den höheren Altersgruppen ein bereits heute spürbares Kennzeichen des demografischen Wandels. Die Auswirkungen erfolgen in den einzelnen Regionen und Wirtschaftszweigen in unterschiedlicher Intensität und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Dazu kommt, dass die im Prinzip ja mehr als erfreuliche, gute konjunkturelle Entwicklung ihren Teil zu einer hohen Arbeitskräftenachfrage beiträgt. Hält die positive Wirtschaftsentwicklung an, dann wird sich der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften auf hohem Niveau einpendeln.

Der Wirtschaft kommt bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs eine zentrale Verantwortung zu. Die notwendige Flexibilität hat sie in der Vergangenheit wiederholt erfolgreich unter Beweis gestellt. Was viele Unternehmen bereits heute etwa bei den Investitionen in Aus- und Weiterbildung, bei der Umgestaltung von Arbeitsplätzen oder dem altersgemäßen Zuschneiden von Aufgabengebieten leisten, wird im Rahmen dieser Konferenz sicherlich noch deutlich zur Sprache kommen.

Natürlich sind auch auf der Seite der Politik Flexibilität und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, unerlässlich. Politik hat eine Unterstützer-, Koordinations-, zum Teil auch Impulsgeber- und Vorbildfunktion. Sie schafft mit gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen, mit flankierenden Maßnahmen zur Information und zur Bewusstseinsbildung und mit geeigneten Initiativen die notwendigen Rahmenbedingungen.

Dass Politik Rahmenbedingungen setzt und Unterstützungsstrukturen schafft, hat die Landesregierung auf vielfältige Weise mit einer die verschiedenen Politikbereiche verbindenden Handlungsstrategie bewiesen und zeigt sie täglich neu. Mit einem ganzen Strauß an Einzelmaßnahmen setzt sich die Landesregierung immer wieder für die Erschließung weiterer Potenziale und damit auch für die Sicherung des Fachkräftebedarfs auf den unterschiedlichsten Ebenen und in verschiedenen Lebensbereichen ein.

Letztlich ist ein schrittweises Vorgehen erforderlich, das auf eine stärkere Aktivierung und Nutzung inländischer Potenziale abzielt, aber auch für eine intensivere Nutzung des europäischen Arbeitsmarktes wirbt und sich einer gezielten Arbeitsmigration als letzte Option nicht verschließt.

Die Hessische Landesregierung hat vor diesem Hintergrund bereits im vergangenen Jahr die Einsetzung einer „Fachkräftekommission Hessen“ und einer interministeriellen Steuerungsgruppe „Fachkräftesicherung Hessen“ beschlossen. Die Fachkräftekommission wurde am 2. November 2011 auf Initiative des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier gegründet. Sie ist mit Vertretern der Bundesagentur für Arbeit, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Wissenschaft und Forschung sowie weiteren renommierten Fachleuten und Praktikern besetzt.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Fachkräftekommission stehen drei komplexe Fragestellungen:

1. Wo stehen wir heute bei der Fachkräfteversorgung?
2. Wie wird sich die hessische Situation an den Arbeitsmärkten in Zukunft ändern?
3. Wie können wir einem sich abzeichnenden Mangel an Fachkräften entgegenwirken?

Meine Damen und Herren,

es gilt, die Verfügbarkeit von Fachkräften in einem breiten gesellschaftlichen Konsens im Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik und Sozialpartnern zu sichern. Die Ausweitung des hessischen Angebots an Arbeitskräften spielt dabei eine zentrale Rolle. Es kommt darauf an, frühzeitig gegenzusteuern. Noch haben wir die Möglichkeit, landesspezifische Lösungen zu finden, die dazu beitragen, den Wirtschafts- und Technologiestandort Hessen zu sichern. Schließlich ist dies nicht nur eine Frage unseres Wohlstands, sondern wird ebenso eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein. So wie die Frage der Alterung unserer Gesellschaft, der Zunahme des Anteils älterer Menschen natürlich die Unternehmen aus der Sicht von Arbeitgebern betrifft, hat sie aber auch Bedeutung für viele weitere Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Uns alle hier im Saal erwartet nicht nur ein längeres Leben, sondern auch ein längeres gesundes Leben.

Altern ist Veränderung, aber nicht Verhängnis. Gerade die älteren, die erfahrenen Menschen gewinnen für Unternehmen immer mehr an Bedeutung. Das gilt aber auch für ein künftig ebenfalls noch wichtiger werdendes Feld: das bürgerschaftliche Engagement. Ein lebendiges Vereinsleben stand auch schon vor hundert Jahren für Stabilität. Daran wird sich nichts ändern! Für die Zukunft wissen wir angesichts der Herausforderung des demografischen Wandels umso mehr, nicht zuletzt auch aus einer aktuellen Studie des Berlin-Instituts: Je mehr sich die Bürger für die Belange ihres Ortes einsetzen, desto stabiler und zukunftsfähiger sind diese Orte. Die Ehrenamtskampagne der Hessischen Landesregierung berücksichtigt dies seit inzwischen mehr als zehn Jahren. Die vor einem Jahr von mir gemeinsam mit dem Main-Kinzig-Kreis aufs Gleis gesetzte Ehrenamtssuchmaschine im Internet spricht vor allem auch ältere Menschen an und vermittelt ehrenamtliche Tätigkeiten auf besonders einfache und direkte Weise. Auch die neu gegründete Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ wird sich in ihrer Arbeit an den besonderen Herausforderungen des demografischen Wandels orientieren und bei der Gestaltung des Wandels mithelfen. Die Förderung des Ehrenamts und privater Initiative unter Einbeziehung der älteren Generation im ländlichen Raum wird ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesstiftung sein.

Die wachsende Zahl älterer Menschen hat zwangsläufig einen höheren Pflegebedarf zur Folge – auch wenn durch gesundheitsbewusstes Leben viele Menschen auch im hohen Alter noch fit sind. Wir brauchen eine ausreichende Zahl von Plätzen in erreichbaren Pflegeeinrichtungen und, für den sich stufenweise entwickelnden Pflegebedarf, ein breites gesellschaftliches Engagement und ein Zusammenspiel vieler Partner.

Natürlich will jeder Mensch so lange wie möglich selbst bestimmt zu Hause leben. Um dies zu ermöglichen, müssen verschiedenste Dienstleistungen vor Ort zur Verfügung stehen – angefangen von Einkaufs- und Haushilfen, über Begleit- und Fahrdienste bis zu Ärzten und Behörden, Essen auf Rädern und ambulanten Pflegediensten. Hier müssen sich lokale Netze entwickeln, die diese Dienstleistungen erbringen.

Zurzeit verfügt Hessen über eine gute ärztliche Versorgung. Statistisch gesehen hat Hessen genug Ärzte, allerdings sind sie räumlich ungleich verteilt. Einer Überversorgung in städtischen Gebieten stehen nur schwer wiederzubesetzende Arztpraxen auf dem Lande gegenüber. Zum einen werden in der nahen Zukunft viele Ärzte aus Altersgründen ihre Praxis schließen. Zum anderen sind nur wenige junge Mediziner an einer Niederlassung auf dem Land interessiert. Und, wir können sie nicht dazu zwingen.

Um dennoch die ärztliche Versorgung auf dem Land auch langfristig sicherzustellen, hat die Hessische Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Mit den Vertretungen der Ärzteschaft, Krankenhäusern und den Krankenkassen haben wir den „Hessischen Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung für die Jahre 2012 bis 2014“ geschlossen. Vorgesehen ist die Stärkung der Rolle der Allgemeinmedizin in der medizinischen Ausbildung. Dazu werden Kompetenzzentren sowie eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Wichtige Grundlagen und Vereinbarungen zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung werden die „Gesundheitskonferenzen“, in denen die Akteure des Gesundheitswesens und die kommunale Seite vertreten sind, leisten. Im Vogelsbergkreis zum Beispiel, arbeitet ein „Runder Tisch“ daran, die ärztliche Versorgung zu sichern. Landkreis und Ärzteschaft haben hier die Werbeaktion „Medizin (er)leben“ gestartet, um junge Allgemeinmediziner durch gute Weiterbildungsmöglichkeiten für eine Niederlassung im Landkreis zu werben. Auch im Main-Kinzig-Kreis und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg bieten Verbände zwischen Kliniken und Hausarztpraxen Weiterbildung für Allgemeinmediziner an. Gute Beispiele für Untersuchungen über die ärztliche Versorgung und den künftigen Bedarf sind der „Masterplan Daseinsvorsorge“ des Werra-Meißner-Kreises oder die Studie zur hausärztlichen Versorgung des Vogelsbergkreises. Auch Bürgermeister setzen sich immer wieder gezielt und erfolgreich für die Niederlassung von Ärzten in ihrer Gemeinde ein.

Meine Damen und Herren,

auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist und bleibt ein Schlüsselthema unserer Gesellschaft. Sie ist ein wesentlicher Ansatzpunkt, um für junge Familien ein Leben auf dem Land attraktiv zu machen bzw. es zu ermöglichen. An erster Stelle steht dabei eine verlässliche Kinderbetreuung bis in den Nachmittag auch für kleine Kinder unter drei Jahren, deren Öffnungszeiten sich auch an den Bedarfen von Berufspendlern orientieren. Für Familien mit älteren Kindern sind Ganztagschulen sowie die Ferienbetreuung wesentlich, um Familie und Beruf verbinden zu können.

Zu den Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, kann jedoch nicht nur die Kommune beitragen. Auch Unternehmen können durch flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsorganisation, Telearbeit – auch für Führungskräfte - dazu beitragen, dass junge Familien gute Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land vorfinden. Hinzu kommen - in der Regel für große Betriebe - die Unterstützung bei der Suche nach Kindergartenplätzen oder Tagesbetreuung sowie betriebliche Angebote zur Kinderbetreuung.

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor für junge Familien ist die Möglichkeit zu erschwinglichen Preisen Wohneigentum zu bilden. Im demografischen Wandel ist es dabei wichtig, die Innenentwicklung von ländlichen Städten und Gemeinden zu bevorzugen und nicht immer mehr neue Baugebiete am Ortsrand auszuweisen.

Auch eine aktive Jugendarbeit leistet einen Beitrag dazu, dass junge Menschen gerne auf dem Land leben und dort auch eine Familie gründen. Im Mittelpunkt steht hier die Vereinsarbeit. Wer in seiner Heimat verwurzelt ist, der geht nicht gerne in die Fremde.

Generell sollten ländliche Kommunen mit ihrem Engagement für Kinderbetreuung, Schulausbildung, Vereinsleben und familiengerechte Infrastrukturen wie Sport- und Freizeiteinrichtungen oder Hilfs- und Beratungsnetzen zum Ausdruck bringen, dass ihnen Familien mit Kindern willkommen sind.

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht die Landesregierung auch selbst mit gutem Beispiel voran und bietet ihren Mitarbeitern flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit alternierender Telearbeit. Diese ermöglicht es qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch bei familiären Verpflichtungen weiter zu arbeiten. Hessen ist das erste Land, das sich mit allen Ministerien und der Staatskanzlei dem „Audit Beruf und Familie“ unterzieht und sich damit freiwillig verpflichtet, ein familienfreundliches Arbeitsklima zu schaffen. Es ist nicht immer ganz einfach, aber es bindet Mitarbeiterinnen und ihre Qualifikationen an den Arbeitgeber.

Die Befassung mit dem demografischen Wandel geht „bei uns in Wiesbaden“ aber selbstverständlich weit über solche einzelnen Ansätze hinaus. Das Thema wurde schon frühzeitig als Schwerpunktthema erkannt. Als Demografiebeauftragter der Landesregierung habe ich die Federführung über alle demografielevanten Aktivitäten der Regierung und bin Ansprechpartner für demografiebezogene Fragestellungen. Zudem wurde in der Planungsabteilung der Staatskanzlei ein eigenes Referat eingerichtet, das sich beispielsweise auch um die Förderung von Demografie-Projekten in den Gemeinden kümmert.

Meine Damen und Herren,

bei allem, was die Hessische Landesregierung in Zukunft gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kommunen und allen gesellschaftlichen Kräften zur Gestaltung des demografischen Wandels in Angriff nimmt, haben wir die maßgeblichen Orientierungspunkte fest im Blick:

- Wir müssen vor allem offen und ehrlich mit den Menschen reden und die Konsequenzen des demografischen Wandels, das gilt besonders für den ländlichen Raum, deutlich machen.
- Wo immer es geht, müssen wir gesetzliche Vorgaben vereinfachen, entschlacken und damit Gestaltungsspielräume erweitern.
- Wir müssen die Selbstverantwortung stärken und kreative Ideen fördern – das gilt für Unternehmen genauso wie für Vereine und private Initiativen.
- Und wir müssen den Wandel als Chance begreifen. Das wird uns am besten gelingen, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Der demografische Wandel kommt nicht erst in vielen Jahren. Er ist bereits voll im Gange. Ich bin sicher, dass auch dieser Kongress wieder einen wertvollen Beitrag dazu leistet, dass wir auch weiterhin auf allen Ebenen die richtigen Antworten geben können.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen und anregenden Verlauf dieser Veranstaltung und darf mich bei dem „Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain“ nochmals für dieses außerordentliche Engagement bedanken, das zu guten Lösungen für die Region führen soll - und sicherlich auch gute Lösungen für das ganze Land befördern wird.